

**Gegenstand: Baumfällaktionen im Speyerer Auwald;
Anfrage der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft vom 18.01.2008
Vorlage: 0459/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Beigeordneter Scheid beantwortet die Anfrage wie folgt:

Bei der von Ihnen angesprochenen „Baumfällaktion“ handelt es sich um eine normale Durchforstung im Rahmen einer naturgemäßen Waldbewirtschaftung im Sinne der FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council). Der FSC wurde 1993 in Folge des Umweltgipfels von Rio ins Leben gerufen und ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation, die sich für eine umweltgerechte, sozialverträgliche und ökonomisch tragfähige Nutzung der Wälder einsetzt. Ziel des FSC ist es, einen Beitrag zur Verbesserung der Waldbewirtschaftung zu leisten. Eine in diesem umfassenden Sinne nachhaltige Waldwirtschaft sichert eine langfristige Zukunftsperspektive für den Rohstoff Holz. Durch FSC-Kriterien wird festgelegt, welche ökologischen und sozialen Standards hierzu bei der Bewirtschaftung von Wald eingehalten werden müssen. Die Einhaltung dieser Standards wird jährlich durch unabhängige Prüfer (Zertifizierer) bei jedem Waldbesitzer überprüft. Die Stadt Speyer ist auf Beschluss des Stadtrates vom April 1999 dem FSC beigetreten

Ziel einer naturgemäßen Waldwirtschaft, speziell im Speyerer Auwald, ist ein strukturierter Dauerwald. Dabei handelt es sich um artenreiche Waldbestände, die in mehreren Schichten in unterschiedlichen Altern und Stärken aufwachsen. Aufgrund der hohen Wuchsdynamik sind regelmäßige Eingriffe zur Steuerung der Entwicklung zwingend erforderlich. Auf Kahlschläge wird dabei bewusst verzichtet.

In der angesprochenen Waldabteilung „Anlage“ werden zudem gezielt starke Hybridpappeln entnommen, um heimischen Arten wie Esche, Eiche oder Linde die Möglichkeit zur natürlichen Ansamung zu geben.

Der gesamte Speyerer Stadt- und Bürgerhospitalwald ist FSC-zertifiziert. Dieser sehr anspruchsvolle Standard wird regelmäßig durch externe Gutachter überprüft. Bei diesen Prüfungen wurde bislang jedes Mal die hervorragende Umsetzung der FSC-Anforderungen bescheinigt. Beim letzten Audit vom 8. November 2007 wurde auch der von der FDP-Stadtratsfraktion erwähnte Bestand gesichtet und im Sinne der FSC-Zertifizierung bestätigt.

Als Arbeitsvorbereitung hat der zuständige Revierförster, Herr Uwe Fehr, den Waldbestand für die nächste reguläre Pflegemaßnahme im Herbst/Winter 2008/09 entsprechend den FSC-Kriterien ausgezeichnet. Dabei sind nicht alle Markierungen gleichbedeutend mit einer Kennzeichnung zur Fällung. Bäume mit Punkt oder Senkrechtstrich werden im Zuge der Pflegemaßnahmen gefällt, solche mit einem Querstrich bleiben ausdrücklich erhalten.

Gegenstand: Ausbau der Solarenergie; Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.01.2008

Vorlage: 0458/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1.)

Die installierte Leistung von Photovoltaikanlagen (PV) in Speyer beträgt 2.490 kW. Insgesamt sind 208 registrierte Einzelanlagen mit Leistungen von 2,5 bis 500 kW installiert. Als Großanlage gilt die Anlage auf dem Müllberg mit 500 kW. Zu solarthermischen Anlagen liegen keine Daten vor.

Zu Frage 2.)

Im Jahr 2008 sind von Stadtwerken/TDG folgende neue PV-Anlagen geplant:

- Feuerwache (123 kW)
- bademaxx (32 kW)
- UW-Süd (23 kW)
- Klosterschule (ca. 80 kW)
- Historisches Museum (ca. 6 kW)

Zu Frage 3.)

Eine "Solardachbörse" wie in Mannheim könnte die Bedeutung der Solarenergie weiter steigern. Der Verwaltung ist bekannt, dass die EnergieAgentur Speyer-Neustadt/Südpfalz eine entsprechende Förderanfrage bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Einrichtung einer "Solardachbörse" für den gesamten Raum der Agentur zwischen Speyer/Neustadt und der französischen Grenze eingereicht hat.

Ungeachtet einer "Solardachbörse" erwägt die Verwaltung, künftig alle Neubaugebiete als Gebiete gem. § 9 Abs. 1 Ziffer 23 b BauGB auszuweisen, in denen bei der Errichtung von Gebäuden bestimmte bauliche Maßnahmen für den Einsatz erneuerbare Energien wie insbesondere Solarenergie getroffen werden müssen.

Zu Frage 4.)

Wenn Bauherren - auch gewerbliche - zur Einreichung von Bauvoranfragen oder Bauanträge bei der Bauaufsicht vorsprechen, ist es meist bereits zu spät, weil dann schon fertige Planungen vorliegen. Ungeachtet dessen berät die Bauverwaltung - Wohnraumförderung - umfassend über alle Fördermöglichkeiten im Rahmen der Wohnraumförderung von Bund und Land einschließlich der Solarförderprogramme sowie über Fördermaßnahmen zur energieeffizienten Gebäudesanierung.

Auf Zusatzfrage von Herrn Dr. Jung erklärt der Vorsitzende, dass die Verwaltung bereit sei, auf die Eigentümer großer Dachflächen zuzugehen, um diese zu bewegen, diese Flächen für Solaranlagen zu nutzen bzw. den SWS für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Gegenstand: Verkehrsentwicklung im Umfeld der Postgalerie; Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 23.01.2008
Vorlage: 0460/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Preuß begründet den Antrag. Er spricht ein Konzept von Herrn Ebner an, das bei der Verwaltung wohl schon vorliegt. Wichtig ist, dass auch interne, erfahrene Verkehrsplaner in das Konzept des Investors eingebunden werden, auch was den Parksuchverkehr betrifft.

Frau Pitsch wirft ein, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe bereits im März 2007 einen Antrag zur Überarbeitung des Verkehrskonzeptes gestellt, der bisher aber noch nicht umgesetzt wurde. Es muss in diesem Zusammenhang ein Gesamtkonzept für den ganzen Innenstadtbereich entwickelt werden.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Winterle kann der Antrag nur unterstützt werden. Dabei ist aber auch die Situation in der Gilgen- und Bahnstraße besonders zu betrachten. Ihm war bislang nicht bekannt, dass es bereits ein Entwurfsgutachten gibt. Das könnte doch vorab schon an die Ratsmitglieder versandt werden, um diese an den Gedanken des Investors teilhaben zu lassen.

Nach Ansicht des Vorsitzenden hat dieses Konzept derzeit nur Entwurfscharakter, deshalb sieht er auch keine Veranlassung zur Weitergabe außerhalb der Verwaltung, weil noch eine Vielzahl von Rückfragen bestehen. Er verweist auf die Dimensionen des Bauvorhabens und rechnet mit einer Vielzahl von Sperrungen, die im Umfeld erforderlich werden. In Kürze wird eine Vorstellung der Konzeption über das Vorhaben in der Verkehrskommission erfolgen. Dann wird auch das Konzept von Herrn Ebner in der Endfassung vorgelegt werden.

Beschluss:

Der Antrag der SWG-Stadtratsfraktion wird einstimmig in die Verkehrskommission zur vertiefenden und abschließenden Beratung verwiesen.

Gegenstand: Flugplatz Speyer; Vermietung der für die Flugplatzerweiterung benötigten Flächen; Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2008
Vorlage: 0483/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass der Planfeststellungsbeschluss zwischenzeitlich vorliegt. Er wird voraussichtlich am 03.03.2008 an die Fraktionen verteilt. Aus diesem Anlass wird der Hauptausschuss vom 10.04.2008 abgesetzt und durch eine außerordentliche Sitzung des Stadtrates ersetzt. Daher wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebeten, den Antrag in dieser Sitzung beraten zu werden.

Herr Batzer stellt fest, dass der Rat jetzt seit 2001 abwartet. Die CDU und die Speyerer Wählergruppe haben bereits wieder in der Presse geäußert, in dieser Sache warten zu wollen, was weiter passiert. Jetzt ein Bürgerforum zu fordern, wie die CDU das macht, soll von der eigenen Verantwortung ablenken. Es ist nicht zu erwarten, dass das Luftamt die Einwendungen der Stadt tatsächlich in den Beschluss eingearbeitet hat. Das macht keine Behörde wirklich. Er sieht die Koalition in der Sackgasse, die im Rat nur eine sehr schwache Mehrheit hat. Deshalb konnten die letzten Anträge der Grünen nur mit den Stimmen der Rechtsradikalen abgelehnt werden. Trotzdem will er den Vorschlag des Vorsitzenden aufgreifen und stimmt der Vertagung des Antrages auf die Sondersitzung zu.

Herr Dr. Jung betrachtet es als wenig konsequente Haltung, über den Planfeststellungsbeschluss bereits ein Urteil zu fällen, bevor man ihn überhaupt gesehen hat.

Herr Dr. Winterle begrüßt die Entscheidung der Grünen auf Vertagung, da er bei der CDU eine gewisse Bewegung erkennt, vielleicht auch irgendwann gegen den Flugplatz zu sein.

Beschluss:

Die Beratung des Antrages wird einstimmig auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 10. April 2008 vertagt.

**Gegenstand: Überprüfung der Verkehrssituation in der Wormser Landstraße;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12.02.2008
Vorlage: 0476/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Feinler begründet den Antrag mündlich. Die Wormser Landstraße ist eine sehr gefährliche, weil dicht befahrene und zugeparkte Straße. Gerade auch im Hinblick auf die neu entstehende Grundschule im ehemaligen Altenheim sieht die SPD Handlungsbedarf. Herr Roskopf freut sich, dass sich die SPD in Ansätzen den Forderungen der SWG anschließt. Er schlägt vor, dieses Thema in der Verkehrskommission vertiefend zu beraten.

Dieser Argumentation schließt sich auch Herr Dr. Jung an. Er regt eine neue Verkehrszählung an, um an aktuelle Zahlen zu kommen. Auch die Frage des alternierenden Parkens kann in der Kommission erörtert werden, um evtl. eine Verringerung der Durchfahrtsgeschwindigkeit zu erreichen.

Herr Röbosch unterstützt den Antrag, wirft aber die Frage auf, wo die Anwohner dann parken sollen.

Herr Dr. Wintterle bleibt bei der Forderung der SPD, dass die Parkplätze am St.-Guido-Stifts-Platz erhalten bleiben müssen, um auf dieser Seite für den Innenstadtbereich attraktiven Parkraum vorzuhalten.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wird einstimmig in die Verkehrskommission zur vertiefenden und abschließenden Beratung verwiesen.

**Gegenstand: Konzept zum Ausbau der Dr.-Eduard-Orth-Straße und der Raiffeisenstraße; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12.02.2008
Vorlage: 0477/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Hinderberger begründet den Antrag. Die Straße ist seit vielen Jahren nur halb ausgebaut. Außerdem ist kein Radweg vorhanden, weil die Geschwindigkeit auf 30 km/h vermindert wurde. Im Hinblick auf die kommende Schule und den evtl. entstehenden Kindergarten sieht die SPD unbedingt Handlungsbedarf.

Frau Biskop regt an, erst einmal zu betrachten, was notwendig und sinnvoll ist, um dann Mittel in den Haushalt einstellen.

Herr Dr. Jung schlägt vor, die Verwaltung sollte in einer der nächsten BPA-Sitzungen ihre Planungen vorstellen, wie diese Straßenbaumaßnahme aussehen könnte. Allerdings hat die Stadt nur einen begrenzten Kreditrahmen, der eine entsprechende Prioritätenliste notwendig macht. In dieser Sitzung sollten aber schon Sofortmaßnahmen beschlossen werden, die noch in diesem Frühjahr umgesetzt werden können. Dies wird auch von Herrn Dr. Winterle nachdrücklich unterstützt.

Der Vorsitzenden verweist darauf, dass er bereits mehrfach in der Haushaltsrede auf die Diskrepanz zwischen wünschenswerten und realisierbaren Maßnahmen hingewiesen hat. Die kalkulierten Kosten sind nicht unerheblich. Im Stadtvorstand wurde die Maßnahme nochmals zurückgestellt, bis die Grundschule in Betrieb geht. Dann muss spätestens ein Ausbau erfolgen. Er schlägt ebenfalls eine Vorstellung der Pläne im BPA vor Einbringung in den Haushalt vor.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wird einstimmig in den Bau- und Planungsausschuss zur vertiefenden Beratung verwiesen.

**Gegenstand: Auftragsvergabe der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften -
Tariftreue; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12.02.2008
Vorlage: 0478/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Dr. Jung geht davon aus, dass niemand in diesem Stadtrat für Lohndumping ist. Er bittet allerdings zu beachten, dass im Landtag der Entwurf eines Tariftreuegesetzes in Behandlung ist. Die Verabschiedung ist im März vorgesehen, das Inkrafttreten voraussichtlich im August, spätestens Anfang September. Daher empfiehlt er, nicht vor diesem höherwertigen Recht eine Regelung auf Ortsebene zu schaffen.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Winterle sind Gesetzgebungsverfahren geduldig; er glaubt erst daran, wenn er es im Gesetzblatt nachlesen kann. Der Vorfall hat sich ziemlich nahe an der Stadt ereignet. Ob eine Speyerer Baufirma wirklich betroffen ist, müssen die Ermittlungen zeigen. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes möchte die SPD allerdings diesen Antrag aufrecht erhalten.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag für ihn keinen Sinn macht, weil die Verwaltung wegen des erheblichen Verwaltungsaufwandes vor dem erwarteten Inkrafttreten des Gesetzes gar nicht in der Lage wäre, ihn umzusetzen. Da man sich in der Grundtendenz ja einig sei, schlägt er vor, den Antrag heute nicht abzulehnen, aber abzuwarten, bis das Gesetz in Kraft tritt, um dessen Nuancen in der Umsetzung einarbeiten zu können.

Herr Dr. Winterle modifiziert daraufhin den Antrag. Die Verwaltung möge sich aber bis zum Inkrafttreten des Tariftreuegesetzes Gedanken machen, damit mit dem Gesetz durchgestartet werden kann.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, sich dem Antrag der SPD-Fraktion grundsätzlich anzuschließen. Die Umsetzung durch die Verwaltung und die Tochtergesellschaften wird ausgesetzt, bis das Tariftreuegesetz des Landes in Kraft tritt.

Gegenstand: Errichtung einer Kindertagesstätte im Mausbergweg; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 13.02.2008
Vorlage: 0475/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Dr. Jung begründet den Antrag mündlich. Alle sind sich wohl einig, dass Speyer neue Kindergartenplätze braucht, insbesondere im Ganztagsbereich. In einem Baugebiet, in dem so viele junge Familien siedeln, wie nirgendwo sonst in der Stadt, macht der Neubau einer KiTa besonders Sinn. Gerade auch im Zusammenhang mit der baulichen Nähe zur Grundschule könnte ein Modell entstehen, vergleichbar mit der Grundschule im Vogelgesang und der Pestalozzischule, allerdings mit einem Akzent der Verzahnung von Kindertagesstätte und Grundschule. Bei der Bautechnik sollte auf einen Energiegewinnstandard Wert gelegt werden, um zusätzlich einen baulichen Modellcharakter zu realisieren.

Laut Herrn Rieser freut sich die ödp sehr über den Antrag der CDU, in dem der Zusammenhang in der pädagogischen Betreuung von Grundschule und Kindergarten anerkannt wird. Dies war bereits vor vielen Jahren Forderung der ödp beim gleichzeitigen Neubau der Grundschule im Vogelgesang und dem Kindergarten St. Markus.

Die SPD-Fraktion begrüßt durch Herrn Hinderberger den Antrag der CDU und weist darauf hin, dass die SPD im Bau- und Planungsausschuss kürzlich eine Bauvoranfrage für die Errichtung von Reihenhäusern an dieser Stelle verhindert hat.

Herr Rößsch vertritt die Auffassung, dass zweijährige Kinder seiner Meinung nach zur Mutter und nicht in die Kindertagesstätte gehören. Für Dreijährige ist ein Anspruch angemessen.

Frau Pitsch begrüßt den Standort und fragt nach, ob es schon Berechnungen gibt, wie groß der Bedarf in diesem Bereich sein wird. Herr Bürgermeister Brohm geht von mindestens zwei Gruppen aus und schlägt vor, den Antrag im Jugendhilfeausschuss zu behandeln, in dem in drei Wochen die Bedarfsplanung festgelegt wird. Herr Knutas möchte den Prüfungsauftrag dahingehend erweitert haben, ob eine der Gruppen nicht integrativ sein sollte.

Der Vorsitzende empfiehlt, den Prüfungsauftrag erst im Jugendhilfeausschuss und anschließend im Bau- und Planungsausschuss wegen der baulichen Ausgestaltung zu beraten.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion wird zur Beratung in den Jugendhilfeausschuss (Bedarfsplanung) und in den Bau- und Planungsausschuss (bauliche Ausführung) verwiesen.

Gegenstand: Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Speyer vom 06.01.1967, zuletzt geändert am 19.08.1996
Vorlage: 0452/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende

Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Speyer vom 06. Januar 1967, zuletzt geändert am 19.08.1996

Aufgrund des

§ 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) i.d.F. vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2007, (GVBl. 2008 S. 1),

und der §§ 1, 2, 3, 7 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für Rheinland-Pfalz (KAG) vom 20. Juni 1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.12.2006 GVBl. S. 401),

und der §§ 17 und 53 Abs. 1 Nummer 2 des Landesstraßengesetzes für Rheinland-Pfalz (LStrG) i.d.F. vom 01. August 1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Oktober 1999 (GVBl. S. 325)

beschließt der Stadtrat folgende Satzungsänderung:

1. § 4, Abs. 3 der Straßenreinigungssatzung wird wie folgt geändert:

„Die Gehwege bzw. zu reinigende Fahrbahnstreifen sind bei Glätte grundsätzlich mit abstumpfenden Stoffen wie Splitt, Sand oder Asche zu bestreuen. Auftauende Streumittel dürfen nur in Ausnahmefällen bei Eisregen und auf Steilstrecken verwendet werden. Der Einsatz ist so gering wie möglich zu halten und darf Beläge nicht beschädigen.“

2. In § 4 Abs. 4 der Satzung ist nach dem ersten Satz folgende Formulierung anzuhängen:

„In der Zeit von 7.00 – 20.00 Uhr gefallener Schnee und anfallende Glätte sind unverzüglich nach Beendigung des Schneefalls bzw. nach Entstehen der Glätte zu beseitigen. Nach 20.00 Uhr gefallener Schnee und entstandene Glätte sind werktags bis 7.00 Uhr und sonn- und feiertags bis 9.00 Uhr des folgenden Tages zu beseitigen. Der Schnee ist auf dem an die Fahrbahn angrenzenden Teil des Gehwegs oder notfalls am Fahrbahnrand so zu lagern, dass der Fußgänger- und Fahrverkehr hierdurch nicht mehr als unvermeidbar gefährdet oder behindert wird. Baumscheiben und begrünte Flächen dürfen nicht mit Salz oder sonstigen auftauenden Stoffen bestreut werden. Schnee, der mit diesen Stoffen versetzt ist, darf auf begrünten Flächen oder Baumstandorten nicht gelagert werden. Die Einläufe in Entwässerungsanlagen und die Hydranten sind von Eis und Schnee freizuhalten. Schnee und Eis von Gehwegen und Grundstücken darf nicht auf die Fahrbahn geschafft werden.“

3. § 5 Abs. 2 der Satzung ist wie folgt zu berichtigen:

„Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können gemäß § 53 Abs. 2 des Landesstraßengesetzes mit einer Geldbuße bis zu 500 € geahndet werden.“

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 26.02.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: **Satzung über die Aufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets "Westliche Innenstadt - Teilgebiet Obere Langgasse" in Speyer**
Vorlage: 0461/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Satzung über die Aufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets „Westliche Innenstadt – Teilgebiet Obere Langgasse“

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 26.02.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: Kommunale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Falle des Verdachts bzw. des Ausbruchs anzeigepflichtiger Tierseuchen
Vorlage: 0457/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt einstimmig der Unterzeichnung der vorliegenden Kommunalen Vereinbarung zu.

**Gegenstand: Jahresrechnung 2006 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung,
der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung
Vorlage: 0463/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Sitzungsvorsitz wird von Herrn Beigeordneten Scheid übernommen.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Wagner, berichtet über das Ergebnis der Sitzung des Ausschusses. Schwerpunkt der Kritik waren wieder die so genannten Massenbeanstandungen, z.B. fehlende Inventarisierungsvermerke oder nicht abgezogene Skontoabzüge in Höhe von rund 480 €. Auch die rechnungsbegründenden Unterlagen entsprachen in etlichen Fällen nicht den gesetzlichen Anforderungen.

Im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt fallen diese Massenbeanstandungen finanziell allerdings nicht besonders in Gewicht. Die Maßnahmen der Rechnungsprüfung, insbesondere auch die begleitende Beratung, zeitigen hinsichtlich der Entwicklung in der Rechnungslegung sichtbar Erfolg.

Diskussionspunkt im Ausschuss waren die restlichen Abrechnungen für das Archäologische Schaufenster. Bei einer Enthaltung stellte der Ausschuss jedoch einstimmig fest, dass diese nicht das Rechnungsergebnis 2006 betreffen, sondern dem Rechnungsjahr 2005 zuzuordnen sind. Hinsichtlich der haushalts- und kassentechnischen Abwicklung sind die Buchungen nicht zu beanstanden

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt deshalb einstimmig, mit einer Enthaltung bezüglich der Anlage 23 zum Rechnungsprüfungsbericht, die Entlastung.

Herr Dr. Wintterle dankt zunächst der Verwaltung und den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses für die Arbeit und den Aufwand, der mit dem Prüfungsbericht verbunden ist. Trotzdem ist die SPD-Fraktion der Auffassung, dass die Aufwendungen für das Archäologische Schaufenster der Rechnungslegung 2006 zuzurechnen sind. Er sieht ein Versäumnis des Oberbürgermeisters, den Rat nicht darüber informiert zu haben, dass der Eigentümer des Anwesens seinen Anteil auch in anderer Form als in Barleistung einbringen konnte, da alle Ratsmitglieder davon ausgehen mussten.

Deshalb beantragt die SPD-Fraktion eine getrennte Abstimmung dahingehend, dass die SPD mit Ausnahme der Anlage 23 die Entlastung erteilen wird. Dies wird von Herrn Scheid mit Hinweis auf § 114 GemO und die Verwaltungsvorschrift hierzu zurückgewiesen, da eine Entlastung nur verweigert werden kann, wenn Tatsachen vorliegen, die die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsprüfung betreffen. Inhaltlich ist die Angelegenheit abgeschlossen und politisch dem Jahr 2005 zuzuordnen.

Herr Dr. Wintterle erklärt daraufhin, die SPD-Fraktion werde dann die gesamte Entlastung des Rechnungsergebnisses 2006 verweigern, da ihr eine Alternative verweigert wird, obwohl mit Ausnahme des Archäologischen Schaufensters ansonsten der Entlastung zugestimmt werden würde.

Herr Dr. Wilke erläutert nochmals die Voraussetzungen, unter eine Entlastung versagt werden kann. Diese hätten auch andere Kritiker des Projektes im Rechnungsprüfungsausschuss akzeptiert und umfassende Entlastung empfohlen.

Herr Dr. Wintterle fordert Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich, bei 10 Gegenstimmen (SPD-Fraktion) und 2 Enthaltungen (Fraktion REP):

- a) die Jahresrechnungen der Stadt und der Stiftungen für das Haushaltsjahr 2006 mit den festgestellten Abschlussergebnissen zu beschließen und
- b) dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten sowie den Vorständen der Bürgerhospital- der Waisenhaus- und der Kolbstiftung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt und der Stiftungen im Haushaltsjahr 2006 Entlastung zu erteilen.

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2006 des Altenheims der
Bürgerhospitalstiftung
Vorlage: 0403/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Feinler erklärt, für diesen Tagesordnungspunkt gelte im Prinzip das Gleiche wie für die Jahresrechnung der Stadt 2006. Haushalts-, kassen- und rechnungsprüfungstechnisch mag der Jahresabschluss nicht zu beanstanden sein. Deshalb haben sich die Mitglieder der SPD im Altenheimausschuss auch enthalten.

Die SPD-Fraktion trägt grundsätzlich die Vorgehensweise mit dem Altenheim der Bürgerhospitalstiftung aber politisch nicht mit, deshalb wird sie gegen die Vorlage stimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich, bei 11 Gegenstimmen (SPD-Fraktion, Fraktion REP - Röbosch) und 2 Enthaltungen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Brech-Hugo, Fraktion REP - Walter),

1. den mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2006 des Altenheims der Bürgerhospitalstiftung festzustellen und
2. den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Bilanzverlust in Höhe von 1.954.832,77 € aus Mitteln der Bürgerhospitalstiftung abzudecken.

**Gegenstand: Stadtmarketing-Aktivitäten in der Weihnachts- und Silvesterzeit;
Befragung der Besucher, sowie der Speyerer Schausteller,
Gastronomen und Einzelhändler
Vorlage: 0480/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Pitsch erklärt, ihr sei die Auswertung dieses Fragebogens zu pauschal erfolgt. Insbesondere die Meinung der Speyerer Gastronomen und des Handels kommen nach ihrer Meinung zu kurz.

Herr Deutsch hat noch nie so eine zielorientierte Umfrage gesehen. Da der Schwerpunkt auf die Befragung der Besucher gelegt wurde, war das Ergebnis von vorne herein absehbar. Bei einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim kommt der Weihnachtsmarkt Speyer mit einem Sympathiewert von 4,2 auf den letzten Platz. Dort wurden auch Nicht-Besucher der Weihnachtsmärkte interviewt.

Herr Beigeordneter Scheid erklärt, die Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen bezog sich auf Mannheim und könne deshalb für Speyer nicht herangezogen werden. Die Durchführung einer Umfrage durch ein professionelles Institut ist sehr kostspielig und konnte in der Kürze der Zeit nicht realisiert werden. In der letzten Sitzung hatte Herr Deutsch noch festgestellt, dass selbst Prof. Grzimek in der Serengeti Springböcke zählen konnte. Auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion wollte harte Zahlen statt weicher Faktoren. Dies wurde nun versucht und es ist wieder nicht recht. Auch Herr Roßkopf argumentiert, dass keine konkreten Aussagen darüber gemacht wurden, welche Zahlen die SPD denn gerne im Zusammenhang mit dem Weihnachtsmarkt haben wollte.

Frau Brech-Hugo hat sich nach eigenen Angaben im unmittelbaren Umfeld des Weihnachtsmarktes bei den Einzelhändlern erkundigt und nur negative Aussagen erhalten. Es wurde sogar von Repressalien gesprochen, wenn man sich bei der Stadt beschweren würde.

Herr Dr. Winterle bezeichnet das Ergebnis als nicht repräsentativ, das müsse auch Frau Häußler zugeben. Trotzdem habe sich Herr Scheid bemüht, in der Kürze der Zeit eine Umfrage auf die Beine zu stellen. Er ist der Meinung, man könne die Verlängerung des Weihnachtsmarktes weiter laufen lassen, sie werde sich ohnehin irgendwann tot laufen. Er regt aber trotzdem an, ALLE Anlieger nicht schriftlich zu befragen, sondern vor dem nächsten Weihnachtsmarkt zu einer Sitzung zusammenrufen. Dies sollte vielleicht der Verkehrsverein in die Hand nehmen. Außerdem muss der Kunsthandwerkermarkt erheblich aufgewertet werden.

Frau Häußler legt dar, dass man sich einig war, keine großen Finanzmittel für die Umfrage in die Hand zu nehmen. Insoweit ist das Umfrageergebnis sicherlich mehr ein Stimmungsbild. Die Parkbelegung des Festplatzes zwischen Weihnachten und Dreikönig war allerdings erheblich besser als in den Vorjahren. Dies sind harte Zahlen, die deutlich für die Verlängerung sprechen. Aus ihrer Sicht kamen bei der Abschlussbesprechung des Weihnachtsmarktes praktisch nur positive Rückmeldungen.

Abschließend stimmt der Stadtrat der Verwaltungsvorlage unter Aufnahme der SPD-Anregung ohne Gegenstimmen zu.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen - Umbesetzungsantrag SPD
Vorlage: 0481/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt. Der Vorsitzende informiert darüber, dass in der Vorlage bei der Umsetzung des SPD-Schreibens für den Schulträgerausschuss ein Vorschlag versehentlich nicht übernommen wurde.

Beschluss:

Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion beschließt der Stadtrat folgende Ausschussumbesetzungen:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Altenheimausschuss (1.)	neu: Manfred Ofer (bisher Stv.) für: Walter Feiniler	neu: Walter Feiniler (bisher Mitg.) für: Manfred Ofer
Aufsichtsrat AES (6.)	neu: Gabriele Tabor für: Annerose Flörchinger	-
Rechnungsprüfungsausschuss (17.)	(unverändert)	neu: Torsten Überrein Hafenstraße 6a für: Annerose Flörchinger
Schulträgerausschuss (18.)	neu: Stefanie Seiler (bisher stv.) Tullastr. 19 für: Dr. Martin Hussong	neu: Dr. Martin Hussong (bisher Mitg.) für: Dr. Jürgen Schultheis
	(unverändert)	neu: Walter Feiniler für: Stefanie Seiler
Sozialausschuss (20.)	(unverändert)	neu: Gabriele Tabor für: Thomas Pfannendörfer

Sportausschuss (24.) Sportstättenbeirat (25.)	(unverändert)	neu: Sven Rummel Am Roßsprung 36 für: Simon Conrad
Umweltausschuss (29.)	(unverändert)	neu: Karl-Heinz Weinmann Am Wasserturm 42a für: Sabrina Rief
	(unverändert)	neu: Wolfgang Seiler Tullastr. 19 für: Stefanie Seiler

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 26.02.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgern

Fragen oder Anregungen von Bürgern liegen nicht vor.

24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 26.02.2008



24. Sitzung des Stadtrates 26.02.2008 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!